

FPÖ in der Zollfalle: Streit um Trump und Putins Angriffskurs!

FPÖ verteidigt Trumps Zölle und rechtfertigt Putins Krieg. Lopatka kritisiert interne Konflikte und betont EU-Verhandlungsziele.

Am heutigen 4. April 2025 nimmt die Debatte um die Zollpolitik der USA unter Präsident Donald Trump in Österreich an Fahrt auf. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat sich zu diesen Entwicklungen geäußert und rechtfertigt nicht nur Trumps Zölle, sondern auch die militärische Aggression Russlands in der Ukraine. Laut einer Pressemitteilung der FPÖ wird Europa und den Österreichern die Verantwortung für die anstehenden Zölle zugeschrieben. Reinhold Lopatka, Delegationsleiter der Volkspartei im EU-Parlament, kritisiert scharf diese Position und wirft der FPÖ vor, in ihrer Ideologie zwischen Täter und Opfer zu tanzen. Der Konflikt innerhalb der FPÖ über die Haltung zu Trumps Handelspolitik spitzt sich zu.

Barbara Kolm, eine FPÖ-Nationalratsabgeordnete, äußert Bedenken gegenüber den US-Zöllen, während Susanne Fürst, eine andere Abgeordnete der FPÖ, diese Politik verteidigt. Lopatka sieht in diesen unterschiedlichen Meinungen Anzeichen für Führungsprobleme innerhalb der FPÖ. Zudem betont er die Notwendigkeit, dass die EU als größter Binnenmarkt stark und selbstbewusst auftreten muss, was durch die Unterstützung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des Handelskommissars Maroš Šefčovič aus Österreich gefördert wird. Österreich strebt eine Verhandlungslösung mit den USA an und warnt, dass ein Handelskrieg letztlich nur Verlierer kennt.

Trumps Zölle und ihre Auswirkungen

Donald Trump meldete sich am selben Tag mit einer Ansprache im Rosengarten des Weißen Hauses zu Wort und bezeichnete den Tag als „Tag der Befreiung“, an dem „das Goldene Zeitalter Amerikas“ beginne. Er kündigte neue Zölle auf ausländische Produkte an, die ab dem 5. April mit einem Mindestzoll von 10 % auf alle importierten Produkte in Kraft treten. Ab dem 9. April sollen zusätzliche reziproke Zölle auf Produkte aus Ländern erhoben werden, die ebenfalls Zölle auf US-Produkte erheben. Die EU dürfte konkret mit insgesamt 20 % Zöllen betroffen sein. Die neuen Maßnahmen deuten auf einen möglichen Beginn eines globalen Handelskriegs hin, denn die US-Wirtschaft könnte durch die Zölle leiden, was eine Erhöhung der Inflation sowie einen Rückgang des Konsums zur Folge haben könnte.

Besonders betroffen wäre die EU, die jährlich Autos im Wert von 38 Milliarden Euro in die USA exportiert. Prognosen zufolge könnte der EU-Verkauf in die USA um 30 % zurückgehen, was einem Verlust von über 12 Milliarden Euro gleichkäme. In Österreich wird ein BIP-Rückgang um 0,2 % befürchtet, und die bereits bestehenden Rezessionsschwierigkeiten könnten sich weiter verschärfen. Angesichts dieser Risikoabwägungen ist die EU darauf vorbereitet, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die Zölle auf US-Exportgüter wie Motorräder und Jeans sowie mögliche Ausschlüsse von US-Firmen von öffentlichen Aufträgen beinhalten könnten.

Langfristige wirtschaftliche Folgen für die EU

Die Auswirkungen von Trumps Zollpolitik könnten nicht nur direkt die Exporteure treffen, sondern auch Unternehmen, die Rohstoffe und Komponenten an diese Exporteure liefern. Simulationen zeigen, dass ein pauschaler Zollsatz von 25 % auf EU-Waren die Exporte in die USA langfristig um die Hälfte reduzieren könnte. Schlüsselsektoren wie Pharmazeutika,

Transportausrüstung und Kraftfahrzeuge wären erheblich betroffen. Das reale Bruttoinlandsprodukt der EU könnte um 0,25 % sinken, wobei Deutschland noch größere Rückgänge verzeichnen müsste.

Um die negativen Effekte abzumildern, könnte die EU vertiefte Handelsbeziehungen mit anderen Freihandelspartnern wie Kanada, Mexiko und Japan anstreben. Diese Strategie umfasst den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und eine verstärkte regulatorische Zusammenarbeit. Letztlich könnte dies der EU helfen, ihre Abhängigkeit von der US-Nachfrage zu verringern und Exporte auf andere Märkte zu erweitern.

In Anbetracht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die bevorstehende Auseinandersetzung über die Zollpolitik ein bedeutendes Thema, das nicht nur Österreich, sondern die gesamte EU betrifft und durch unterschiedliche Positionen innerhalb der FPÖ zusätzlich komplexer wird.

Für weitere Informationen zu diesen Entwicklungen können die Artikel von **OTS**, **Kurier** und **DIW** konsultiert werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at